Information gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung

Vorbemerkung

Die Stadt Hildesheim verarbeitet für die Erfüllung ihrer Aufgaben in vielen Fällen Ihre personenbezogenen Daten. Es ist uns wichtig, dass Sie uns hinsichtlich der Verwendung Ihrer personenbezogenen Daten Ihr Vertrauen schenken können. Aus diesem Grund möchten wir Ihnen an dieser Stelle Informationen zur Datenverarbeitung gemäß Art. 13 Datenschutzgrundverordnung geben.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Stadt Hildesheim, Markt 1, 31134 Hildesheim
Tel.: +49 5121 301-0
E-Mail: anfrage@stadt-hildesheim.de

2. Datenschutzbeauftragter

Stadt Hildesheim, Markt 2, 31134 Hildesheim
Datenschutzbeauftragter
Tel.: +49 5121 301 – 1311
E-Mail: datenschutz@stadt-hildesheim.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Ausschreibung der Tätigkeit als bevollmächtigte/r Bezirksschornsteinfeger/in für den Kehrbezirk 106 - Stadt Hildesheim (§§ 9 und 9a des Gesetzes über das Berufsrecht und die Versorgung im Schornsteinfegerhandwerk - Schornsteinfeger-Handwerksgesetz - SchfHwG). Bestellung als bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger (m/w/d) inklusive öffentlicher Bekanntmachung und Mitteilung an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle zur Eintragung in das Schornsteinfegerregister (§ 10 SchfHwG). Nach der Bestellung - Überprüfung der Wahrnehmung der übertragenen Aufgaben und Befugnisse und der Einhaltung der Pflichten (§ 21 SchfHwG - Aufsicht).

4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Alle personenbezogenen Daten, die dem Verantwortlichen bekannt geworden sind, dürfen nur dann an andere Personen oder Stellen weitergegeben werden, wenn die betroffene Person dem zugestimmt hat oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen bzw. vorgeschrieben ist.

a) Der Fachbereich 33.2 darf an andere öffentliche Stellen im Inland (siehe § 2 Bundesdatenschutzgesetz) Daten übermitteln, oder Daten innerhalb der Verwaltungseinheit weitergeben, soweit dies zur Erfüllung ihrer eigenen oder in der Zuständigkeit des Empfängers liegenden Aufgabe erforderlich und gesetzlich zulässig ist.

b) An öffentliche Stellen in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) sowie an Organe und Einrichtungen der Europäischen Union oder der Europäischen Atomgemeinschaft ist eine Datenübermittlung im Rahmen von Tätigkeiten, die ganz oder teilweise in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union fallen, zulässig, soweit dies zur Erfüllung der in der Zuständigkeit des Verantwortlichen oder in der Zuständigkeit des Empfängers liegenden öffentlichen Aufgaben erforderlich ist. Voraussetzung für die Übermittlung innerhalb des EWR ist, dass die EWR-Staaten den Inhalt der Datenschutz-Grundverordnung übernehmen.

c) An Einzelpersonen Name, Anschrift, Telefonnummer des für diese Person zuständigen bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers (m/w/d).

5. Dauer der Speicherung

Die über eine Person gespeicherten Daten werden gelöscht, sobald sie für ihre Zweckbestimmung nicht mehr erforderlich sind und der Löschung keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten entgegenstehen. Sofern die Daten einer Person nicht gelöscht werden, weil sie für andere, gesetzlich zulässige Zwecke erforderlich sind, wird die Verarbeitung eingeschränkt, die Daten werden also gesperrt und nicht für andere Zwecke verarbeitet.

Nach den gesetzlichen Vorgaben erfolgt die Aufbewahrung nach Beendigung der Bestellung für die Dauer von 10 Jahren gemäß Ziffer 3.5.1. der Dienstanweisung zur Aktenordnung und zum Dokumentenmanagement der Stadt Hildesheim (DA AktenO/DMS) in Verbindung mit dem Anhang zum KGSt-Bericht Nr. 04/2006 „Aufbewahrungsfristen für Kommunalverwaltungen“.

6. Betroffenenrechte

Jede von Datenverarbeitung betroffene Person kann Auskunft über diese verarbeiteten Daten verlangen. Des Weiteren besteht das Recht, soweit zutreffend, auf Berichtigung, Löschung oder Vervollständigung der personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung sowie des Rechts auf Datenübertragbarkeit innerhalb der gesetzlichen Grenzen.

7. Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Jede von Datenverarbeitung betroffene Person, die eine Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. a oder Art. 9 Abs. 2 Buchst. a Datenschutz-Grundverordnung erteilt hat, kann diese jederzeit für die Zukunft widerrufen. Der Widerruf ist gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

8. Beschwerderecht

Jede von Datenverarbeitung betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstraße 5, 30159 Hannover

Tel.: +49 511 120 – 4500

E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de